



Antrag

der Abgeordneten **Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Klaus Adelt, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Auch über Parkplätzen können Wohnungen entstehen: Erstellung eines „modernen“ staatlichen Flächenkatasters

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr im Laufe des Jahres 2021 ein umfassendes Kataster der Flächen in staatlichem Besitz in Bayern vorzustellen und schriftlich vorzulegen, das systematisch erfasst, welche Flächen potenziell zum Wohnungsbau oder zur Nachverdichtung zur Verfügung stehen. Darin sollen auch „schwierige“ Flächen aufgenommen werden, die nach gängiger Beurteilung bisher nicht als für den Wohnungsbau geeignet galten.

Begründung:

Die Einrichtung eines Flächenkatasters – bestenfalls eine Zusammenstellung aller öffentlichen, zumindest aber der staatlichen Flächen in Bayern – ist eine langjährige Forderung der SPD-Fraktion.

Die Wohnungsknappheit und damit einhergehende hohe Mietkosten haben sich in bayerischen Ballungsräumen zu einem drastischen politischen, sozialen und gesellschaftlichen Problem entwickelt. Ein Flächenkataster ist die Voraussetzung für einen koordinierten, effektiven Wohnungsbau seitens der öffentlichen Hand.

Bei einer Anhörung im Landtag zur Bayerischen Liegenschaftsverwaltung im Juni 2020 wurde bekannt, dass die Immobilien Freistaat Bayern noch keine systematische Beurteilung ihrer staatlichen Flächen vorgenommen hat – mit Blick auf Wohnungsbau auf „schwierigen“ Flächen. Dabei beweist beispielsweise die Münchner GEWOFAG, dass mit etwas Kreativität und Innovation auch über Parkplätzen und anderen „widrigen“ Orten Wohnungsbau möglich ist. In München gibt es entsprechende Projekte unter anderem am Dantebad und am Reinmarplatz.

Die Erstellung eines „modernen“ staatlichen Katasters muss für die Zukunft auch solche bisher nicht beachteten Flächen beinhalten. Die Behandlung eines solchen Katasters im Landtag kann idealerweise mögliche neue Potenziale beim Wohnungsbau aufzeigen.